

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift: Tagesblatt Riesa,
Ternus Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptstaatsamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1536
Stroße Riesa Nr. 52.

Nr. 122.

Montag, 26. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 20 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Voten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Neulandzeile 100 Gold-Pfennige; je länger und je höher die Zeilen, desto höher der Preis. Beilagen: 50%, Aufschlag. Beste Tarife für Bewilligte Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Städtische Anstaltungsverwaltung. — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Vor dem Zusammentritt des Reichstages.

Der für Dienstag angelegte Zusammentritt des neuernannten Reichstages wird voraussichtlich unter den ungünstigsten Umständen vor sich gehen. Noch ist die erwünschte Klärung keinen Schritt näher gekommen, obwohl die beteiligten Parteien alle Anstrengungen unternommen haben, um zu einer Lösung zu gelangen. Neureichs hat die deutschnationale Partei den Abschluß der Verhandlungen dadurch gehindert, daß sie es abgelehnt hat, sich endgültig in der Frage des Sachverständigen Gutachtens festzulegen. Selbstverständlich werden die deutschnationalen Führer dabei ihre erstinstanzigen Gründe gehabt haben, aber es ist immerhin ein sehr unliebsamer Umstand, daß die Parteien noch am Vortage des Zusammentritts des neuen Parlamentes einer vollständig ungelösten Situation geradezu hilflos gegenüber stehen. Unzweifelhaft haben innenpolitische Gegensätze bei den Bemühungen, zu einem Resultat zu kommen, einen hemmenden Einfluß ausgeübt, aber das hinderliche Hindernis, eine klare Stellungnahme zum Sachverständigen Gutachten herbei zu führen. Die Voraussetzungen für das Zustandekommen einer Regierung ist und bleibt nun einmal die Lösung der außenpolitischen Probleme. Dies ist auch von deutschnationaler Seite anerkannt worden, und man hat daher schon seit Wochen ausschließlich an der Herbeiführung von außenpolitischen Resultaten gearbeitet. Dementsprechend muß man immer wieder die Frage stellen, was die deutschnationalen Führer bewegen hat, am Sonnabend eine Verschiebung der Entscheidung herbeizuführen. Selbst in den deutschnationalen Kreisen wird bedauert, daß deutschnationalen Unterhändler zu diesem Schritt übergingen, da es doch nur eine klare Stellung gibt, die entweder Zustimmung oder aber Ablehnung der Pläne der Regierungsparteien bedeutet.

In den unterrichteten parlamentarischen Kreisen weiß man darauf hin, daß die am Montag angelegten Verhandlungen kaum einen besonderen Wert haben, wenn nicht inzwischen wenigstens die grundsätzlichen Entscheidungen über die Neubestimmung der Regierung vorbereitet werden. Die Deutsche Volkspartei rechnet damit, daß die deutschnationalen heute Montag mit einem vollständig festumrissenen Verhandlungsprogramm hervortreten. Nur dadurch würde die Situation gerettet werden können. Ein weiteres Fernbleiben der deutschnationalen von der Regierung würde von der Deutschen Volkspartei außerordentlich bedauert werden. Bei den grundsätzlichen außenpolitischen Entscheidungen, die die kommende deutsche Regierung während der bevorstehenden Verhandlungen zu treffen haben wird, sei die Mitwirkung der deutschnationalen dringender nötig als je. Man müsse endlich aus dem Zustand herauskommen, daß die außenpolitischen Probleme in die inneren Kämpfe der Parteien hinein gerzerrt werden. Dies könne aber nur dadurch erreicht werden, wenn die deutschnationalen an verantwortlicher Stelle an den Regierungsgeschäften mitwirken, um im ganzen deutschen Volk die Klarheit zu schaffen, daß es nur eine deutsche Außenpolitik gibt, die dem Wohl des Ganzen dient und nicht von Parteigruppen gemacht werden kann.

Kritische Lage bei den Regierungs-Verhandlungen.

Berlin, 26. Mai. Die Verschiebung der Entscheidung über die Regierungsbildung bis zum Montag hat in politischen Kreisen außerordentliche Beunruhigung hervorgerufen. Wie der „Verl. Presse-Dienst“ von führender volksparteilicher Seite erzählt, beurteilt man die Lage sehr kritisch. Da die deutschnationale Partei sich immer noch ihre endgültige Entscheidung über die Verhandlung des Sachverständigen Gutachtens vorbehalten hat, ist in den Kreisen der gegenwärtigen Regierungsparteien der Eindruck entstanden, daß die deutschnationalen es darauf anlegen, die anderen Fraktionen zu überrollen. Am Dienstag mußte schließlich die Frage der Regierungsbildung gelöst sein. Der Reichstagsrat hat den Parteien mitteilen lassen, daß das Reichskabinett noch am Sonntag über die Situation klar unterrichtet sein müßte, um seine Entscheidungen zu treffen. Da sich aber nunmehr alle Entscheidungen auf den Montag konzentrieren, bleibt den Regierungsparteien überhaupt keine Zeit mehr zu einer gründlichen Nachprüfung der sachlichen Voraussetzungen. Die demokratischen Vertreter haben inzwischen mitgeteilt, daß sie an der Fortführung der Verhandlungen kein Interesse mehr haben. Auch in Kreisen des Zentrums beurteilt man die Lage sehr ungünstig. Es müßte am Montag eine überraschende Wendung eintreten, wenn noch irgendwelche Möglichkeiten zu einer Einigung mit den deutschnationalen gegeben sein sollten.

Das Sachverständigen-Gutachten und der neue Reichstag.

Berlin, 26. Mai. Im Zusammenhang mit den Bemühungen zur Neubildung der Reichsregierung wird von einer dem gegenwärtigen Reichskabinett nahestehenden Seite darauf hingewiesen, daß im neuen Reichstag sofort eine Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Sachverständigen-Gutachtens herbeigeführt werden muß. Von deutschnationaler Seite war die Auffassung ausgesprochen worden, daß hierzu eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich sein werde. Dieser Standpunkt sei aber durchaus irrig. Die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens selbst könne durch einfache Mehrheit beschlossen werden. Nur bei der Durchführung der einzelnen Teile, die verfassungsmäßig

den Charakter haben, werde eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich sein. Bis es indessen zu einer Verabschiedung der Gesetze kommen werde, könnte die Frage der Regierungsbildung am ehesten endgültig geklärt sein. Wäre das nicht der Fall, so bestände allerdings die Gefahr, daß das neuernannte Parlament wieder der Auflösung verfallt.

Übermals Regierungsabsichten der Sozialdemokratie.

Berlin, 26. Mai. Wie wir erfahren, hat die sozialdemokratische Partei auf Grund der Berichte des nach Paris entsandten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid den Beschluß gefaßt, alle Möglichkeiten einer Beteiligung der Sozialdemokraten an einer neuen Reichsregierung wahrzunehmen. Wenn sich die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Mittelparteien und den deutschnationalen verschlagen sollten, so würden die Sozialdemokraten Bemühungen unternehmen, um eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien wieder herzustellen. Von Seiten der Deutschen Volkspartei ist man, wie wir hieraus aus unterrichteten volksparteilichen Kreisen erfahren, zur Zeit unter keinen Umständen geneigt, die große Koalition in der Reichsregierung wieder herzustellen. Derartige Bemühungen der Sozialdemokratie würden als von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt sein.

Tagung des Hansabundes.

Der Reichsbankpräsident über deutsche Währungspolitik. Hamburg. Die gestrige Tagung des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie in aus allen Teilen des Reichs außerordentlich aufgeführt. Von der Reichsregierung war Reichswirtschaftsminister Dr. Hagemann erschienen, von der Reichsbank Präsident Dr. Schmidt und Geh. Finanzrat Kaufmann, von Auswärtigen Amt Gesandter Dr. Ritter, vom Reichsverkehrsministerium Prof. Dr. Schreiber.

Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Kießer, der als Präsident des Hansabundes die Tagung mit einer Begrüßung der Gäste und Teilnehmer eröffnete, erklärte in seiner Rede über Aufgaben und Ziele des Hansabundes, als deren wesentlichste er den kategorischen Imperativ der Pflicht gegen das Vaterland bezeichnete, der Weiderrückfall an die Zentrumspartei sei nur ein vorläufiger Schritt, d. h. durch Entbindung aller christlichen produktiven Kräfte und durch Beseitigung der Zwangsgewirtschaft auf allen Gebieten. Mit der Wiederherstellung der freien Wirtschaft aber müsse Hand in Hand gehen auch die Wiederherstellung der Autorität des Staats. Dabei könne man jedoch nicht kommen auf dem Wege parteipolitischer Eigenbrödelerei, sondern nur auf dem Wege einer zunächst Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfassenden Arbeitsgemeinschaft. Er schloß im Namen des Hansabundes mit einem Appell, angesichts der Gefahr für Staat und Wirtschaft alles Parteipolitische beiseite zu lassen. Vorwärts sei die Parole und das Schlagwort: Alle Mann an Bord!

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Reichsbankpräsidenten Dr. Schmidt über die deutsche Währungspolitik. Nach einer ausführlichen Würdigung der heutigen Politik der Reichsbank erklärte der Redner zur Frage der Auslandsdevisen, es sei zur Beurteilung des Auslands und der ausländischen Kreditgeber, von denen Deutschland in den letzten Zeiten sehr viel Gutes erfahren habe und denen es dafür danke, gesagt: Solange sich die Kreditgeber auf die ausländischen Wirtschaftskräfte erstrecken, könnten sie davon überzeugt sein, daß der deutsche Kaufmann keine Kredite in Anspruch nehmen werde, die er nicht zurückzahlen in der Lage sei. Im übrigen seien kurzfristige Auslandsdevisen genügend vorhanden. Langfristige Investitionen aber werde Deutschland erst erhalten, wenn es auf Grund des Dawidschen Gutachtens eine Stabilität in seiner Wirtschaft erzielt haben werde. Auch der Landwirtschaft müßten wieder langfristige Anleihen zugänglich werden. Voranschaulich werde Deutschland im Falle einer Lösung der internationalen Schwierigkeiten in der Lage sein, deutsche Agrarprodukte in der Welt in ähnlicher Weise wie seinerzeit Argentinien und Mexiko zu placieren. Wir werden, schloß der Redner, zu einem neuen Gedeihen unserer Wirtschaft nicht kommen, wenn wir nicht einen friedlichen Ausgleich mit den Wirtschaften anderer Völker finden. Ich hoffe, daß die Einsicht in diesen internationalen Zusammenhang auf der andern Seite stark genug ist, um uns einen Schritt in unserem Schritt auch auf dem Gebiete der Kolonialpolitik. Deutschland darf nicht ewig von der kolonialen Wirtschaft ausgeschlossen werden. Es würde eine Entlastung der internationalen Lage sein, wenn man Deutschland einen Auslaß in die Welt hinaus gibt. Ich glaube, daß der Kampf, den wir geführt haben, auch dem Auslande die Augen geöffnet hat. Wie sehr eine Stimmung in der Welt, hervorgerufen von dem Gedanken: Los von dem internationalen Haß, zurück zu der friedlichen internationalen Arbeit, zum Völkerverständnis zwischen den Völkern, der nicht nur einem Lande, sondern allen Ländern und Völkern dient!

Konstituierung der Nationalsozialistischen Fraktion.

Am Sonnabend nachmittag um 2 Uhr trat die Nationalsozialistische Freiheitspartei in ihrer ersten Fraktionsversammlung

in Reichstags zusammen. Die Fraktion hat das schönste Sitzungszimmer im Hause erhalten, nämlich das einstige Zimmer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion, das seit dem Zusammenschluß dieser Partei mit den Sozialdemokraten nicht mehr für Fraktionszwecke in Anspruch genommen worden ist. Dadurch ist die eigentümliche Lage entstanden, daß die USPD und die Nationalsozialisten in Zukunft zwei Zimmer benutzen, die sich unmittelbar gegenüberliegen. Diese erste Sitzung war der Konstituierung der Fraktion und der Wahl des Vorstandes gewidmet. Von bekannteren deutschvölkischen Politikern waren erschienen die Abg. Wulle, Steller, der Chefredakteur des „Deutschen Tageblatts“ und Kube. Kurz vor 3 Uhr erschien in Begleitung des Abg. Henning auch General Ludendorff und bald darauf der Abg. v. Gräfe.

Die Fraktion legte ihren Vorstand folgendermaßen zusammen: Vorsitzender Abg. Gräfe, Stellvertreter Abg. Gottfried Feder und Graf v. Reventlow, Beisitzer Abg. Jacob und Wulle, Geschäftsführer der Fraktion Abg. Henning, Mitglied des Vorstandes ohne Amt Abg. Ludendorff.

Die Partei beschloß, daß sämtliche deutschvölkischen Organisationen im ganzen Reich zu einer einheitlichen Organisation unter dem Namen „Nationalsozialistische Freiheitspartei“ verschmolzen werden und demgemäß auch die Reichstagsabgeordneten aller völkischen Gruppen eine vollkommen einheitliche Fraktion bilden.

Gedächtnisfeier am Grabe Schlageters.

Schönau im Wiesenthal. Zur Erinnerung an die vor Jahresfrist in Düsseldorf erfolgte kanakrechtliche Ermordung Albert Leo Schlageters fand gestern vormittag am Grabe Schlageters an dem hiesigen Friedhofe in Gegenwart der Familienangehörigen eine Gedächtnisfeier statt, die von den vaterländischen Verbänden, insbesondere dem Jungdeutschen Orden, veranstaltet worden war. Zahlreiche Abordnungen dieser Verbände aus Thüringen, Ostfalen, dem Rheinland, Hessen, Württemberg, Baden usw. waren erschienen und legten ebenso wie Vertretungen der studentischen Körperschaften der Hochschulen Freiburg und Karlsruhe mit kurzen Widmungen Kranz an Grabe nieder. Auch zahlreiche Regiments- und Kriegervereine waren durch Deputationen vertreten. Freiberger von Weiden feierte Schlageter als deutschen Mann, der sein Leben für sein Vaterland hingeben habe in der Hoffnung, daß sein Opfer nicht vergeblich geblieben sei, und erklärte, in treuer Pflichterfüllung habe er stets geglaubt, seinem Vaterlande dienen zu müssen, auch tiefer Religiosität heraus habe er die Kraft geschöpft, aufrecht in den Tod zu gehen. Für seine Heimatgemeinde übernahm der Bürgermeister von Schönau dem Gefallenen einen Kranz und legte im Namen der Gemeinde einen Kranz am Grabe Schlageters nieder. Mit einem Trauerschwarze, gleich Schlageter dem Vaterlande in schwerer Zeit unentwegt beizustehen, und mit einem stillen Gebet fand die Feier ihren Abschluß. Der An- und Abmarsch der Abordnungen vollzog sich in vollkommener Ruhe.

Poincaré über die künftige Politik.

Paris. Ministerpräsident Poincaré hat einem Mitarbeiter des Brüsseler „Craie“ folgende Erklärungen über seine Auffassung von der Politik des kommenden französischen Kabinetts abgegeben. Jede französische Regierung, sagte er, werde es sich in erster Linie anlegen, die Beziehungen zwischen Belgien und Frankreich aufrecht zu erhalten und gemeinsame Interessen beider Länder, namentlich was die Ausführung des Versailler Vertrages anlangt, zu wahren. Was den Sachverständigenbericht betrifft, so sei es erwidert, daß er eine Verhandlungsgrundlage für beide Länder abgibt, aber man müsse vorsichtig sein und dürfe sich nicht durch Verprechungen Deutschlands locken lassen, darüber würden beide Länder wachen. Jede französische Regierung werde im übrigen nachdrücklich die internationale Politik betreiben müssen, die er unaufhörlich betrieben habe. Die Befehle des Ruhrgebietes werde sich nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen ändern, wie es in dem bekannten Communiqué über die französisch-belgische Ministerkonferenz in Brüssel festgelegt sei. Nach seiner Ansicht werde auch die parlamentarische Mehrheit in Zukunft genau dieselbe sein wie bisher, was die Außenpolitik anlangt. Und dann, so schloß Poincaré, sei nicht auch noch der Senat vorhanden, der seinerseits immer einstimmig seine internationale Politik unterstützt habe?

Regierungskrise in Belgien?

Paris. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ berichtet, in Brüssel seien Gerüchte über eine Regierungskrise in Umlauf, die ihren Ursprung in dem stark umstrittenen Selbstmord über das Wahleresultat der Frauen bei den Provinzialwahlen hätten. Die Führer der Mehrheit hätten deshalb beschlossen, die Beratung des Gesetzes bis zum Herbst aufzuschieben, da man im Augenblick eine Regierungskrise vermeiden wolle, die vielleicht zu einer Auflösung der Kammer führen werde. Die Regierung, so fügt der Berichterstatter hinzu, werde aber mit einer anwachsenden Opposition und mit einer Ankündigung ihrer Mehrheit rechnen müssen. Das Ergebnis der Wahlen in England habe offenbar auch die fortschrittlichen Elemente in Belgien ermutigt, und auch die Sozialisten hielten wohl den Augenblick für heranreifend, um mit Hilfe der Wahlen wieder in die Regierung zurückkehren zu können. Es werde immer wahrscheinlicher, daß, wenn nicht schon im Winter, so doch mit Beginn des kommenden Frühjahrs Kammerwahlen in Belgien vorgenommen werden würden.